

Demokratie ist kein Selbstläufer

Betrachtungen zu Europa

■ MICHAEL BÜNKER



Michael Bünker ist Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Österreich und war bis 2018 Generalsekretär der GEKE (Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa).

Was ist mit diesem Europa los? Statt mutig und entschlossen die Herausforderungen anzupacken, vor denen die ganze Welt heute steht – Klimawandel, Digitalisierung, Migration (um nur drei davon zu nennen) – hat sich eine merkwürdige Lähmung breit gemacht. Es fehlt die Vision, als gelte es nur noch, das Bestehende und Erreichte abzusichern, wenn nötig mit Mauern und Stacheldraht. So bekommen jene immer mehr Raum, die Europa schlecht machen, kritisieren und in Frage stellen. Dabei ist die europäische Einigung auch eine Erfolgsgeschichte. Was für ein Glück, dass es Europa gibt! Es ist ein Zukunftsprojekt, eine „großartige Idee, die immer auf der Suche nach ihrer Realität ist“ – so sagt es der bulgarische Autor Ivan Krastev. Aber statt Europa zu stärken, setzen heute viele darauf, es zu schwächen. Sowenig Europa wie möglich. Die Alleingänge der Nationalstaaten nehmen zu. Ich halte das für einen falschen Weg.

Erster Weltkrieg als Urkatastrophe Europas

Vor hundert Jahren endete der Erste Weltkrieg. Es war die „Urkatastrophe“ Europas. Große Vielvölkerstaaten wie die Donaumonarchie gingen unter. Neue Staaten entstanden, darunter auch die Republik Österreich. An die Stelle der Monarchie trat die Demokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht. Aber der Aufbruch war nicht von Dauer. Erst nach dem zweiten Krieg mit seinen ungeheuren Verbrechen, unter denen die Shoa, die Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden, herausragt, besannen sich die Länder Europas. Das soll es nie wieder geben! Beherrzte und mutige Politiker, die meisten von ihnen überzeugte Christen, begannen mit der europäischen Einigung. Mehr als siebenzig Jahre Frieden

waren die Folge. Das hat es noch nie gegeben. Aber der Frieden ist kein garantierter Besitz, er ist eine ständige Aufgabe.

Bedrohliches Streben nach Einförmigkeit

Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Sprachen und Kulturen, Essen und Trinken, Religionen und Weltanschauungen, verschiedene Lebensweisen, sogar zwei Alphabete – Europa ist von der Fläche her klein, aber in sich äußerst bunt und vielfältig, vielleicht mehr als andere Weltgegenden. Das ist ein Reichtum, ein besonderes Geschenk, eine Stärke Europas, die sich im Laufe der Geschichte aus verschiedenen Quellen, aus den Religionen, aus Humanismus und Aufklärung gebildet hat. Aber wie kann es bei so großer Vielfalt so etwas wie Einheit geben? Immer wieder hat es Versuche gegeben, eine Einheit Europas herzustellen, die die Vielfalt überwindet: Totalitäre Weltanschauungen, aber auch die Beschwörung eines christlichen Abendlandes. Die Folgen waren meistens entsetzlich. Minderheiten wurden unterdrückt und ausgegrenzt, viel zu oft auch vernichtet. Doch damit Einheit in Vielfalt gelebt werden kann, braucht es keine „Leitkultur“, der sich alle zu unterwerfen haben, sondern den Respekt vor der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen. Für Christinnen und Christen ist diese Würde in Gottes Schöpfung begründet. Gott schuf den Menschen zu seinem Bild, heißt es in der Bibel, aber er schuf ihn mit unverwechselbaren Prägungen durch Kultur, Sprache, Religion und Lebensweise.

Glückliche Menschen in Europa

Die glücklichsten Menschen leben in Europa. In weltweiten Erhebungen wurde er-

mittelt, in welchen Ländern die Menschen von sich selbst sagen, dass sie glücklich sind. Seit Jahren liegen europäische Länder an der Spitze. Vor allem in den Ländern Nordeuropas sind wohl die glücklichsten Menschen daheim. Aber auch Österreich schneidet immer sehr gut ab. Das hängt bestimmt mit dem Wohlstand zusammen, der in diesen Ländern herrscht, eben auch bei uns in Österreich. Aber Reichtum und materielle Güter allein machen nicht glücklich. Es gibt viel reichere Länder als Österreich, aber die Bevölkerung dort ist deshalb nicht automatisch glücklicher. Der Wohlstand muss nämlich verteilt werden, möglichst wenig ungerecht, so dass alle etwas davon haben. Wenn die Ungleichheit zunimmt, wächst auch das Unglück. Wenn junge Menschen keine Zukunftschancen haben, wenn Zuwandernden die Integration schwer gemacht wird, wenn wachsende Teile der Bevölkerung von Armut bedroht oder gar schon betroffen sind, nimmt das Unglück zu. Europäische Länder wissen offensichtlich sehr gut, was sie für das Glück der Menschen tun können. Das sollte meiner Meinung nach gestärkt und gefördert werden. Denn das Glück ist ein Vogerl, aber man kann ihm einen Nistplatz bauen.

Europa seit Jahrhunderten von Migration geprägt

Das Europa heute glücklich macht, ist nicht vom Himmel gefallen. Durch Jahrhunderte war der Kontinent von Krieg, Elend und Not geplagt. Aus Blut und Tränen ist das moderne Europa geboren worden. Millionen Menschen konnten in ihrer Heimat nicht bleiben, sie mussten fliehen, sie wurden verjagt oder durch die wirtschaftliche Not in ihren Heimatländern zur Auswanderung gezwungen. Auch die Evangelischen im heutigen Österreich wurden wegen ihres Glaubens zu Tausenden aus der Heimat verjagt. Das Europa von heute ist seit Jahrhunderten von Migration geprägt und gezeichnet. Daher tragen die europäischen Länder nun eine besondere Verantwortung für jene Menschen, die Schutz und Hilfe suchen oder aus der Not in ihren Ländern fliehen. Europa zur Festung auszubauen, wird auf

die Dauer keine Lösung sein. Denn Zäune und Mauern bringen kein Glück, weder auf der einen, noch auf der anderen Seite. Stattdessen braucht es einen menschenwürdigen Umgang mit den Schutzsuchenden, ein faires und solidarisches Asylsystem, das den Menschenrechten entspricht, und eine geordnete Zuwanderungspolitik. Dafür setzen sich auch die Evangelischen Kirchen in Europa ein. Denn Glück kann es nicht geben, wenn es auf dem Wegschauen und Nichtstun angesichts des Unglücks anderer beruht. Zum Glück braucht es gute Lebenschancen für alle und vor allem, dass niemand allein gelassen wird, der Hilfe und Unterstützung nötig hat. Es braucht Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle. Die EU hat dazu im November 2017 zwanzig Grundsätze beschlossen, die „Europäische Säule der sozialen Rechte“. Sie sollten verbindlich umgesetzt werden, denn Europa ist nicht nur eine wirtschaftlich florierende Freihandelszone. Es ist richtig, dass die europäische Einigung ohne enge wirtschaftliche Kooperation bis hin zur gemeinsamen Währung nicht denkbar ist. Und Länder wie Österreich haben ungeheuer viel profitiert von Europa, viel mehr, als sie jährlich zum Budget der EU beitragen. Deshalb ist die Rede von den „Nettozahlern“ auch so kurzsichtig und nur die halbe Wahrheit. Aber: Wirtschaft allein genügt nicht. Es braucht die soziale Absicherung für die Krisen des Lebens, für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit. Die freie Marktwirtschaft mit hoher sozialer Verantwortung zu verbinden, ist ein besonderes Kennzeichen Europas, so etwas wie ein Markenzeichen. Es entspricht auch den Grundüberzeugungen der christlichen Kirchen, wir Evangelische bringen es auf die Formel von „Freiheit und Verantwortung“.

Freiheit politisch gestalten

Dass Freiheit glücklich und Unfreiheit unglücklich machen, leuchtet sofort ein. Es ist eine Binsenweisheit. Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, haben sofort zahlreiche Menschen der ehemaligen sozialistischen Länder ihre neu gewonnene Reisefreiheit genützt.

■ Damit Einheit in Vielfalt gelebt werden kann, braucht es keine „Leitkultur“, der sich alle zu unterwerfen haben, sondern den Respekt vor der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen.

■ **Das Glück ist ein Vogerl, aber man kann ihm einen Nistplatz bauen.**

Ohne Hindernisse vom Nordkap nach Sizilien und von Estland bis Portugal fahren zu können, hat es außer für die Superreichen und Privilegierten noch nie gegeben. Freiheit prägt Wirtschaft und Politik. Die Grundfreiheiten der Menschenrechte sind für das Zusammenleben in Vielfalt unverzichtbar. Evangelische Kirchen betonen die Freiheit und daher die uneingeschränkte Geltung der Menschenrechte. Die bestmögliche Form, diese Freiheit politisch zu gestalten, ist die Demokratie. Umso bedenklicher, wenn heute mitten in Eu-

ropa von „illiberalen Demokratien“ die Rede ist, also politischen Systemen, die Freiheiten einschränken. Zuerst sind es oft Presse- und Meinungsfreiheit, oft auch die Religions- und Weltanschauungsfreiheit, die Freiheit von Kunst und Forschung, die Unabhängigkeit der Gerichte und so fort. Aber wer mit demokratischen Mitteln Freiheiten beschränkt, höhlt die Demokratie von innen her aus. Daher sind stabile demokratische Verhältnisse der beste Weg, um den Menschen Glück und Wohlergehen in Freiheit zu gewährleisten. ■

ÖVP und christlich?

Dr. Andreas Khol, viele Jahre und auch heute noch einer der einflussreichsten Parteistrategen der ÖVP, versucht in einem von ihm persönlich verfassten Beitrag (in: Der Standard, Kommentar der anderen, 10. 8. 2018) die Politik von Sebastian Kurz in langen, teils umständlichen Erklärungen zu rechtfertigen. Er beruft sich mehrmals auf den besonders konservativen Papst Ratzinger und stellt dabei die Verantwortungsethik als einen wichtigen christlichen Grundwert in den Vordergrund. Diese Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik fällt mir schwer, ich orientiere mich daher lieber an eindeutige Botschaften im Evangelium, denn da heißt es z.B. bei Matthäus 25, 31 unmissverständlich: „Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank, und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis, und ihr seid zu mir gekommen“.

Ich kann daher auch Christian Konrad und Kurt Remele nur zustimmen, denn beide kommen zu ähnlichen Schlüssen: „Die ÖVP sei keine christlich soziale Partei mehr. Und der andere vermeint Schwierigkeiten der ÖVP mit ihren christlichen Wurzeln und schon seit Jahrzehnten tiefe Gräben zwischen christlicher Soziallehre und ÖVP zu erkennen“.

Diese Analyse deckt sich für mich vor allem mit den von der ÖVP-FPÖ Bundesregierung bereits beschlossenen und noch geplanten Maßnahmen im Bereich der Asyl-, Sozial- und Bildungspolitik. Von „christlich“ kann ich da nichts mehr entdecken. Das Wort „christlich“ wurde nicht nur im neuen Parteiprogramm gestrichen, sondern bereits auch in den Herzen vieler ÖVP-Politiker.

*Hans Riedler
4040 Linz, Hofmannstraße 10*